

GÜNTHER HEYDER

## Um das Institut für Automation in Berlin

Folgen des technischen Fortschritts interessieren Bonn nicht

### I

Die soziologischen Folgen des technischen Fortschritts sind in der Bundesrepublik ein Thema, das fast nur in Zeitschriftenaufsätzen und meist sehr vordergründig abgehandelt wird. Dabei sind die oft gutwilligen Verfasser dieser Artikel auf Mutmaßungen angewiesen. Hierzulande findet ja eine wissenschaftliche Forschung über diesen Problembereich kaum statt. Die Bundesregierung war bislang auch nicht bereit, Forschungsvorhaben, die sich mit den soziologischen Folgen des technischen Fortschritts befassen, zu unterstützen.

Noch im März dieses Jahres, auf der zweiten internationalen *Automationstagung der IG Metall* in Überhausen, bestritt Staatssekretär *Claussen* vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung nahezu jede Problematik des technischen Fortschritts. Auch Bundeskanzler *Erhard* zeigte sich in diesen Fragen konservativ zugeknöpft. Der Automationsexperte der IG Metall, Dr. *Günter Friedrichs*, nannte ihn deshalb, respektlos aber zutreffend, einen „Automationsmuffel“.

In einer Denkschrift „Stand und Rückstand der Forschung in Deutschland in den Naturwissenschaften und den Ingenieurwissenschaften“, die 1964 von der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* veröffentlicht wurde, hieß es denn auch: „Notleidend sind vor

## UM DAS INSTITUT FÜR AUTOMATION IN BERLIN

allen anderen diejenigen Bereiche der Forschung, welche sich als Zwischen- oder Grenzgebiete zwischen den klassischen Fachgebieten und aus Impulsen mehrerer Fachrichtungen entwickeln und auf die Methoden und Denkweisen der Nachbardisziplinen angewiesen sind. Es sind dies diejenigen Gebiete,... die sich immer wieder als besonders fruchtbares Terrain erwiesen haben." Die Deutsche Forschungsgemeinschaft spielt dabei auch auf die Kybernetik an, die als wichtigste Basiswissenschaft der Automation gelten darf.

Die Saumseligkeit, mit der in der Bundesrepublik Fragen des technischen Fortschritts — insbesondere ihre sozialen Auswirkungen — behandelt werden, findet vor allem in den angelsächsischen Ländern keine Parallele. So gibt es in Großbritannien sogar einen Minister für Automation. In den USA berät den Präsidenten ein besonderer Beratungsausschuß für Automationsfragen, der aus Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Wirtschaft besteht. Außerdem ist dem amerikanischen Arbeitsministerium eine sehr große Automationsabteilung beigegeben worden. Inzwischen wurden auch von internationalen Organisationen, so von der OECD und der UNESCO, Studien über Folgeerscheinungen des technischen Fortschritts veröffentlicht.

In der Bundesrepublik dagegen konnte im Oktober 1965 lediglich erreicht werden, daß der Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung beschloß, eine Arbeitsgruppe für Automationsfragen zu bilden. Da sich diese Gruppe aber nur mit Teilproblemen befassen kann, ist dieser Anfang zwar zu begrüßen, aber keineswegs ausreichend.

Die Ignoranz der Bundesregierung auf diesem Gebiet ist um so weniger zu verstehen, als in Berlin seit geraumer Zeit mit den Vorarbeiten für die Gründung eines unabhängigen Instituts für Automation begonnen wurde. Dieses Projekt konnte nur deshalb noch nicht realisiert werden, weil sich der Bund zu einer Hilfe durch ein festes Engagement bislang nicht bereit fand.

## II

Die Gründungsgeschichte dieses Instituts ist aber nicht nur ein eklatantes Beispiel für die Versäumnisse der Bundesregierung. Gleichzeitig und mehr noch zeugt sie von dem Behauptungswillen Berlins. Kurz nach der Abriegelung Westberlins durch den von den Machthabern der „DDR“ angeordneten Mauerbau nämlich wurde die Idee geboren, Westberlin zu einer Stadt mit einer weitgehend automatisierten Wirtschaft zu entwickeln. Dadurch sollte erreicht werden, daß Westberlin seine Ausstrahlungskraft noch erhöht und ein weithin sichtbares Beispiel abgibt für das Engagement der freien Welt mit dem technischen Fortschritt. Der damalige Wirtschaftssenator Berlins, Professor Dr. *Schiller*, griff diese Idee auf. Damit ergab sich aber sogleich die Notwendigkeit, Forschungsvorhaben über die Automation und ihre möglichen Folgen durchzuführen. Ein unabhängiges Institut für Automation erwies sich als unabdingbare Voraussetzung dafür, das geplante Vorhaben zu verwirklichen. Professor Schiller setzte sich dann sofort dafür ein, daß Senat und Abgeordnetenhaus diesem Projekt zustimmten und daß es in den Kulturplan Berlins aufgenommen wurde. So begannen denn die Vorarbeiten für dieses Institut bereits 1962. Eine Studiengruppe wurde in die USA entsandt, um dem Senat einen ersten Überblick zu verschaffen, was auf dem Gebiet der Automation dort bereits gearbeitet, geleistet und geforscht worden war. Bei dieser Studienreise zeigte es sich allerdings, daß selbst in Amerika ein derart umfassend arbeitendes Institut, wie es den Berlinern vorschwebte, noch nicht bestand. Gleichzeitig wurde aber auch von den Amerikanern bestätigt, daß die Berliner Konzeption richtig sei; besonders stellten die amerikanischen Experten heraus, es komme dabei gerade darauf an, Forschungsarbeiten über die Auswirkungen der Automation als absolut gleichrangig in die Institutsarbeit aufzunehmen.

## III

Mitte Oktober 1964 waren dann die Vorarbeiten und Besprechungen, die der federführende Senator für Wirtschaft mit Vertretern der Berliner Universitäten, anderen Wissenschaftlern, verantwortlichen Männern der Industrie- und Handelskammer, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der BDA geführt hatte, so weit vorangekommen, daß ein von den Partnern erarbeiteter Vertragsentwurf allgemein akzeptiert wurde. Dieser Entwurf eines Gesellschaftsvertrages für das „Deutsche Institut für Automation“, Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, nennt im § 2 Gegenstand und Aufgaben der Arbeit des Instituts:

„(1)... Gegenstand der Arbeiten des Instituts sind die Gebiete der Automation, insbesondere die Prüfung und Erforschung der Voraussetzungen, der Lösungsmöglichkeiten und der Auswirkungen von automatisierten, sich selber regulierenden und kontrollierenden Systemen einschließlich der dazu erforderlichen technischen Hilfsmittel.

(2) Die Aufgaben des Instituts sind dabei folgende:

a) durch unabhängige Forschung die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden auf den Gebieten der Automation in technischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht zu vertiefen und zu erweitern,

b) wissenschaftliche und technische Erkenntnisse sowie Erfahrungen — und zwar eigenes sowie fremdes in- und ausländisches Erfahrungsgut — auf den Gebieten der Automation zu sammeln, auszuwerten und interessierten Stellen zur Verfügung zu halten (Dokumentation),

c) durch Fachvorträge, Seminare und andere Veranstaltungen die Möglichkeiten der Automation den Fachkräften und dem Nachwuchs von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung nahezubringen und sie dadurch weiterzubilden,

d) Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung durch Erstattung von Berichten und Gutachten zu unterstützen,

e) die Ergebnisse seiner Arbeiten zu veröffentlichen.

(3) ...

(4) Die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke."

Als Gesellschafter des Instituts sind im § 4 des Entwurfs aufgeführt: die Bundesrepublik Deutschland; das Land Berlin; der Verein zur Förderung des Deutschen Instituts für Automation e. V.; der Deutsche Gewerkschaftsbund; die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.

Dieser wohlgedachte Gesellschaftsvertrag konnte indes bislang nicht in Kraft treten, da sich die Bundesregierung zur Mitarbeit nicht bereit fand.

## IV

Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senators für Wirtschaft und der Bundesregierung führten vor allem deshalb zu keinem Ergebnis, weil es für die Gestaltung des Instituts für Automation kein Vorbild gibt. Die Berliner entschlossen sich deshalb, eine Studie in Auftrag zu geben, in der die Notwendigkeit, die Aufgabenstellung, aber auch die Abgrenzung eines Instituts für Automation präzisiert werden sollte. Gleichzeitig war vorgesehen, der Studie einen Aufbauplan des Instituts mit einem Kostenvoranschlag beizufügen. Mit der Erarbeitung dieser Studie wurde der Leiter der Studiengruppe für Systemforschung, Dr. *Helmut Krauch*, Heidelberg, beauftragt. Er zog dabei namhafte Wissenschaftler aus den USA und der Bundesrepublik zu Rate, so u. a. den Kybernetiker *Steinbuch* (Karlsruhe), den Präsidenten der Bundesanstalt für Materialprüfung *Pfender* (Berlin), den Professor für Mathematische Statistik *Morgenstern* (Freiburg), den Betriebswirtschaftler *Kosiol* (Berlin) und den Soziologen *von Friedeburg* (Berlin).

## UM DAS INSTITUT FÜR AUTOMATION IN BERLIN

Anfang Juni 1965 war die Studie über Aufgaben, Arbeitsgebiete, Organisation und Planung eines Instituts für Automation in Berlin fertiggestellt. Sie ist anschließend den Universitäten und anderen interessierten Stellen zugeleitet worden mit der Bitte, zu der Studie Stellung zu nehmen. Dieses Verfahren spricht dafür, daß man in Berlin nicht daran denkt, die Studie als der Weisheit letzten Schluß anzusehen, sondern als Diskussionsgrundlage.

Hier können wir nicht detailliert auf die Arbeit Dr. Krauchs eingehen. Hervorzuheben ist aber, daß die von ihm erarbeitete Studie eine Fülle von Anregungen enthält, die mit den Forderungen der Gewerkschaften, insbesondere der auf diesem Gebiet führenden *IG Metall*, durchaus übereinstimmen. So ist im Bereich der Systemstudien u. a. als Projekt vorgesehen, Untersuchungen über Konfliktsituationen anzustellen, die sich aus dem gesellschaftlichen Problem der Automation ergeben. Wörtlich heißt es dann:

„Des weiteren sollen Auswirkungen auf die Arbeitsanforderungen in den einzelnen Wirtschaftssektoren analysiert, die erforderlichen Ausbildungssysteme bestimmt und der Einfluß technischer Änderungen auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Lohnstruktur erforscht werden. Grundlegende Untersuchungen dieser Art, in denen technische, wirtschaftliche und soziologische Aspekte verfolgt werden, liefern nicht nur die Grundlage für erfolgreiche Systementwürfe, sondern stellen auch neutrale, wissenschaftliche Informationen für Öffentlichkeit, Wirtschaft und Wissenschaft dar, besonders für die Erörterung sozialer Konflikte.“

Übrigens kritisiert auch Dr. Krauch, daß die Bundesrepublik im Gegensatz zu England und Amerika bei der Entwicklung neuer praxisnaher Wissenschaftszweige für die Anwendung automatisierter Systeme — wie das Operations Research, die Kybernetik und die Systemtheorie — weit zurückgeblieben sei. Seine Schlußfolgerung lautet: „Die öffentliche Hand braucht dringend eine Institution, die eine aktive, beratende und vorschlagende Rolle in Planung und Einführung neuer automatisierter Systeme übernimmt“.

Selbst der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Professor Dr. *Balke*, sprach sich Mitte Oktober 1965 auf dem 3. Internationalen Kongreß für Meßtechnik und Automatisierung in Düsseldorf dafür aus, die soziologischen Folgen der Automatisierung wissenschaftlich zu erforschen. So stehen nun endlich die deutschen Gewerkschaften nicht mehr allein auf weiter Flur, wenn sie auf diesen Gebieten des technischen Fortschritts mehr wissenschaftliche Forschung und fundierte Vorausschau verlangen.

Es ist zur Zeit allerdings noch völlig offen, ob sich die neue Bundesregierung diesen Fragen gegenüber aufgeschlossen zeigen wird. Die Probe aufs Exempel dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Jedenfalls erhoffen die Berliner jetzt nach den Wahlen mehr Verständnis und größere Aktivität des Bundes für ihr Projekt. Die neuen Minister *Stoltenberg* und *Katzer*, deren Kompetenzbereiche ein Institut für Automation tangiert, können sich um die Zukunft der Bundesrepublik verdient machen, wenn sie sich für das Vorhaben in Berlin einsetzen. Es wird nämlich höchste Zeit, daß die Bundesregierung endlich ihre Verzögerungstaktik auf diesem Gebiet aufgibt und erkennt und anerkennt, welche Bedeutung dem technischen Fortschritt in einem hochindustrialisierten Land heute zukommt. Die Förderung des Instituts für Automation in Berlin ist da ein notwendiger erster Schritt.

*Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist und beginnt damit. Alle politische Kleingeister ei besteht in dem V erschweigen und Bemänteln dessen, was ist.*

Ferdinand Lassalle